Ein Dinslaken für alle – sozial, ökologisch, gerecht.

Kommunalwahlprogramm

Die Linke
Stadtverband Dinslaken

www.dielinke-kreiswesel.de

EINLEITUNG

Dinslaken ist in der Haushaltssicherung – und das hätte vermieden werden können. Beim Verkauf der STEAG erzielten die Stadtwerke 96 Millionen Euro Gewinn. Nach Steuern hätten 76 Millionen an die Stadt fließen können. Doch CDU, SPD, UBV und Grüne beschlossen, dass Dinslaken davon keinen Cent bekommt. Mit diesem Geld hätte die Haushaltssicherung verschoben und wichtige Angebote für Bürger*innen, Kinder und Jugendliche finanziert werden können – zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Jugendhilfe oder Kultur. Stattdessen steht die Stadt nun zehn Jahre lang unter Aufsicht und darf kaum noch selbst über ihre Ausgaben entscheiden.

Wir als Linke sagen: Öffentliche Gewinne müssen den Menschen vor Ort zugutekommen – nicht ungenutzt bleiben. Dinslaken braucht eine Politik, die soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und demokratische Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns für starke öffentliche Strukturen, bezahlbaren Wohnraum, sichere Wege und gute Bildung ein. Gleichzeitig treten wir konsequent gegen Rassismus, Ausgrenzung und rechte Hetze ein. Denn nur eine solidarische, ökologische und gerechte Politik kann Dinslaken zukunftsfähig machen.

Die Linke Dinslaken steht für:

- eine solidarische Finanzpolitik,
- eine soziale Stadtentwicklung,
- ökologische Verantwortung,
- öffentliche Daseinsvorsorge,
- demokratische Beteiligung
- und eine klare Kante gegen Rechts.

Am **14. September 2025**: Die Linke wählen – für ein Dinslaken für alle.

FÜR EINE KOMMUNALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK, DIE DEN MENSCHEN DIENT

Dinslaken steckt im Nothaushalt – das hätte vermieden werden können. Nach dem Verkauf der STEAG hätte die Stadt rund 76 Millionen Euro bekommen können. Doch CDU, SPD, UBV und Grüne haben entschieden: Das Geld soll nicht in den Haushalt der Stadt fließen. Auch von den Gewinnen der Stadtwerke wird bis 2027 kaum Geld an Dinslaken gehen. Das ist schwer zu verstehen – denn die Stadt braucht dringend Geld.

Ein schwerer Fehler. Öffentliches Geld gehört der Allgemeinheit – nicht in Schubladen oder auf private Konten.

Wir wollen Dinslaken sozial, ökologisch und demokratisch gestalten. Unsere Stadt braucht öffentliche Investitionen, gerechte Steuern und mutige Entscheidungen, um wieder handlungsfähig zu sein.

Wir wollen kein Verwalten des Mangels, sondern eine gerechte Zukunft für alle. Dinslaken kann mehr – wenn wir die Mittel gerecht verteilen und die Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Die Haushaltssicherung beenden: Städte wie Dinslaken müssen wieder selbst entscheiden können, wofür sie Geld ausgeben.
- Altschulden abbauen: Alte Schulden sollten gemeinsam von Bund, Land und Stadt getragen werden. So bleibt Geld für Kitas, Schulen und mehr übrig.
- Schuldenbremse aussetzen
- STEAG-Geld für die Stadt nutzen: Das Geld aus dem Verkauf von STEAG hätte in die Stadt investiert werden müssen – nicht verschenkt!

- Mehr Offenheit: Bürger*innen müssen wissen, wofür das Geld der Stadt ausgegeben wird.
- Vermögensteuer wieder einführen: Superreiche sollen zur Finanzierung von Bildung, Klima und Wohnen beitragen.
- Der kommunale Steueranteil muss auf 28 % steigen.
- Grundsteuer gerecht gestalten: Keine Erhöhungen, die auf Mieter*innen abgewälzt werden. Einnahmeausfälle müssen vom Land ersetzt werden.
- Gewerbesteuer anpassen: Alle Unternehmen sollen dort Steuern zahlen, wo sie Gewinne machen – auch kleine Firmen.
- Konnexitätsprinzip durchsetzen: Wer der Stadt Aufgaben gibt (z. B. gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben von Land oder Bund), muss auch für die Kosten aufkommen.
- Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben.
- Sparkasse stärken: Keine Teilverkäufe. Gewinne der Sparkasse sollen dem Gemeinwohl dienen – mit günstigen Angeboten für Menschen mit wenig Geld.
- Bodenpolitik aktiv gestalten: Boden gehört der Allgemeinheit. Keine Verkäufe! Gewerbeflächen nur in Erbpacht vergeben.
- Daseinsvorsorge sichern: Saubere Schulen, sichere Busse, funktionierende Infrastruktur – das geht nur mit starken städtischen Betrieben.
- Rückführung ausgelagerter Dienste: Reinigung, Wachdienste oder Schulservice gehören zurück in die öffentliche Hand.
- Kommunale Wirtschaftsförderung neu denken: Statt Ansiedlungspolitik für Großkonzerne fördern wir kommunale Eigenbetriebe und gemeinwohlorientierte Unternehmen.

FÜR FAIRE LÖHNE UND GERECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN

Dinslaken steht in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vor erheblichen Herausforderungen. Infolge tiefgreifender Strukturveränderungen – wie der Schließung der Zeche sowie dem Wegfall weiterer industrieller und handwerklicher Arbeitsplätze – ist die kommunale Handlungsfähigkeit zunehmend eingeschränkt.

Zugleich steigen die Anforderungen an die kommunale Verwaltung und ihre Einrichtungen. Der damit verbundene Bedarf an zusätzlichem Personal bleibt jedoch oft unberücksichtigt. Das hat zu Überlastung, hohen Krankenständen im öffentlichen Dienst und einer deutlichen Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge geführt.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Ausbau unbefristeter, tarifgebundener und familiengerechter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse.
- Gezielte Anreize zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.
- Konsequenten Stellenaufbau statt Personalabbau im öffentlichen Dienst.
- Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.
- Stärkung der Fachkompetenz in der Verwaltung, insbesondere durch qualifiziertes Personal im Planungsbereich.
- Rekommunalisierung und den Ausbau kommunaler Eigenbetriebe wie ProZent zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Die Umgestaltung der Stadtwerke Dinslaken zu einem rein regenerativen, dezentralen Energieversorger im Sinne einer alternativen und gemeinwohlorientierten Klimapolitik.
- die Rückführung des Stadtbusverkehrs in kommunale Verantwortung und eine soziale Mobilitätswende.

SOZIAL GEHT AUCH KOMMUNAL

In Dinslaken spüren wir: Reiche werden immer reicher und Arme immer ärmer. 16,5 % (Stand: 2023) aller Kinder wachsen arm auf und müssen von Sozialhilfen leben. Zudem besitzen, nach Angaben der Bundesregierung, zehn Prozent der Bevölkerung 61 % des gesamten Vermögens.

So kann es nicht weitergehen. Wir wollen, dass Geld und Chancen gerecht verteilt werden und niemand in Not zurückbleibt. Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, bedarf es des Mutes, Reichtum durch Steuern und vor Ort umzuverteilen: für mehr soziale Sicherheit, für öffentliche Daseinsvorsorge, für bezahlbaren Wohnraum, Quartiersentwicklung, Beratungsstellen, kulturelle Angebote, gute Kitas und Schulen.

Statt Kassenkrediten und Haushaltssicherung brauchen die Kommunen eine solide Finanzausstattung, die ihnen mehr Spielräume lässt, um den gewachsenen Aufgaben durch die zunehmende Armut der Menschen und Quartiere gerecht zu werden. Politik soll vor Ort für alle Menschen gemacht werden: Bürger*innen sollen bei allen wichtigen Entscheidungen mitreden können. Wir setzen uns für starke soziale Leistungen ein, damit alle in Dinslaken gut leben können.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner*innen in allen politischen Fragen.
- Selbstorganisation der Einwohner*innen unterstützen.
- Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen.
- Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind.
- Die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser muss gewährleistet sein.

- Die sozialen Sicherungssysteme ausweiten und Lücken der sozialen Infrastruktur schließen oder in jedem Stadtteil soll es Orte geben, wo Menschen sich treffen können.
- Sozialraumorientierte Politik, welche mit Quartiersmanagement, ÖPNV-Entwicklung und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor Ort verbessert.
- Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen leben können.
- Ausbau und kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.
- Neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z.B. kommunale Sozialpässe für Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas.
- Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen bis zum Abitur.
- Die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts der Stadt Dinslaken durch die öffentliche Hand.
- Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z.B.Erwerbslosenzentren, Schuldner*innenberatungen, AIDS-Hilfen, ambulante Suchthilfe und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen.
- Entwicklung von Bürger*innenzentren.
- Die weitere Förderung der Verbraucherschutzzentrale mit einer ausreichenden personellen Ausstattung.

BEZAHLBARE MIETE STATT FETTER RENDITE

Eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge. Doch in den vergangenen Jahrzehnten wurden wichtige Instrumente sozialer Wohnungspolitik demontiert: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Bestände großflächig privatisiert. Der soziale Wohnungsbau kam vielerorts nahezu zum Erliegen – auch in Dinslaken. Die Folge: Verdrängung, Wohnungslosigkeit und ein wachsender Markt für renditeorientierte Investor*innen.

Besonders die geplante Erschließung des ehemaligen Trabrennbahn-Areals bietet eine historische Chance: Statt Flächenverkauf an Großinvestoren braucht es hier ein städtebauliches Leitbild, das dauerhaft bezahlbaren Wohnraum, soziale Vielfalt und ökologische Standards sichert. DIE LINKE. Dinslaken setzt sich dafür ein, dass dort in erster Linie genossenschaftlicher, gemeinwohlorientierter und sozial geförderter Wohnungsbau realisiert wird.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Eine gemeinwohlorientierte, bedarfsgerechte und sozial gerechte Wohnungspolitik.
- Eine verbindliche Quote von mindestens 40 % für sozialen Wohnungsbau in allen neuen Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen
- Kommunale Mietpreisgestaltung: Durch aktiven Wohnungsbau soll Dinslaken Einfluss auf Mieten nehmen können
- Die konsequente Nutzung kommunaler Flächen – wie auf dem Trabrennbahn-Areal – für sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau.

- Gezielte Förderung von Mehrgenerationenprojekten, solidarischen Wohnformen und gemeinschaftlichen Wohninitiativen, insbesondere in Genossenschaftsstrukturen.
- Kommunale Bodenbevorratung und Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht statt Verkauf.
- Den Ausbau und die Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften mit einem klaren sozialen Auftrag.

KINDERARMUT IST EINE SCHANDE

Jedes fünfte Kind in Dinslaken wächst in Armut auf. Die Folgen sind vielfältig und tiefgreifend: schlechtere Bildungs- und Berufschancen, gesundheitliche Beeinträchtigungen, ein verringertes Wohlbefinden sowie ein erhöhtes Risiko für psychische Probleme, unter anderem durch soziale Isolation. Wenn Bildung vom Einkommen der Eltern abhängt, steigt die Gefahr deutlich, auch im Erwachsenenalter unter die Armutsgrenze zu fallen. Langfristig betrachtet ist daher der einzig sinnvolle Weg, eine vollständig kostenfreie Kinderbetreuung für alle Familien zu ermöglichen. Solange Gebühren für die Betreuung durch Tagespflegepersonen, in Kindertagesstätten und in der offenen Ganztagsbetreuung erhoben werden, sollten diese sozial gestaffelt und in ihrer Höhe strikt gedeckelt sein.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Eine vollständig gebührenfreie Kinderbetreuung.
- Zügiger Ausbau von U3 Plätzen in Kitas.
- Kita-Neubauten durch kommunale Bauträger.
- AWO-Einrichtungen übernehmen, falls diese von der Schließung bedroht sind.
- Netzwerk von Therapeut*innen bestehend aus einem Team von Ergotherapeut*innen, Heilpädagog*innen und Logopäd*innen in Kitas schaffen, um Kinder mit erhöhtem Förderbedarf zu unterstützen.
- eine kostenfreie und hochwertige Essensversorgung von der Kita bis zum Abitur.
- Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege, sowie den verbindlichen Einsatz von Fachkräften in der Großtagespflege.
- Einen Waldkindergarten.
- Ausbau von Fachkraftstellen der Stadt Dinslaken, die Kitas unterstützen und notfalls als Springer fungieren, um bei Personalausfall die qualitative Gewährleistung des Betreuungsschlüssels zu sichern.

- Die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages; dies würde einen kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglichen.
- Sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.

FÜR EINE KINDER- UND JUGENDFREUNDLICHE STADT

Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven. Trotz guter Ansätze der Zusammenarbeit in der Jugendhilfe zwischen Jugendamt und freien Trägern gibt es auch in Dinslaken immer noch zu viele Kinder und Jugendliche in prekären Verhältnissen. Kürzungen von freiwilligen Leistungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, sind aufgrund dessen besonders fatal.

Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht immer das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden. Es muss in unserem Stadtrat selbstverständlich werden, dass Kinder und Jugendliche bei betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Weiterer Ausbau der Spielplätze.
- Mehr Mitarbeiter beim Grünflächenamt zur Erhaltung der Spielplätze und Grünanlagen.
- Weitere Unterstützung für das Kinder- und Jugendparlament.
- Freiräume für die Entfaltung von Jugendkultur schaffen, durch Förderung von Veranstaltungen und das Schaffen von nicht-kommerziellen Aufenthaltsorten für Jugendliche.
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der Bildungs- und Kulturangebote für Jugendliche in benachteiligten

Stadtteilen Jugendzentren besser finanziell unterstützen und Öffnungszeiten am Wochenende ermöglichen.

- Endlich die Umsetzung der Ergebnisse des Jugendbarometers, unter anderem:
  - Einrichtung eines selbstverwalteten Jugendcafes von Jugendlichen für Jugendliche,
  - Jugendbüro in der Innenstadt,
  - Modernisierung der digitalen Ausstattung von Jugendeinrichtungen,
  - Qualitätsmanagement und
  - Wirksamkeitsdialog für die offene Kinder- und Jugendarbeit.

SPORT VERBINDET DIE MENSCHEN

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche Betätigung während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen Nordrhein-Westfalens die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Um die 30 % der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Zudem sind die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt Rassismus und Ausgrenzung sowie Gewaltprävention für viele Sportvereine wichtige Ziele.

Die Stadt und der Kreis haben eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden in Privatliga- oder Betriebssport-Teams in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein. DIE LINKE Dinslaken setzt sich für eine inklusive Sportlandschaft ein, die allen Menschen zugänglich ist und barrierefreie Angebote bietet. Denn Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Gesundheit, Erholung und Entspannung. Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen. Sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport zeigt sich das deutlich.

Besondere Angebote für Mädchen, Frauen, inter, nicht-binäre und Trans Personen, wie z. B. Mädchenfußball-Teams oder Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zu Förderung

der Selbstbestimmung. Auch beteiligen sich Sportvereine an Konzepten und Maßnahmen zur Gewaltprävention.

Es ist deshalb falsch, wenn Kommunen unter dem Druck der Nothaushalte als erstes im Sporthaushalt zu kürzen versuchen. Darüber hinaus dürfen nicht noch mehr Schwimmbäder geschlossen werden. Denn Schwimmen zählt nicht nur zu den besonders gesunden Sportarten, sondern ist auch gleichzeitig Überlebenstechnik.

Insbesondere für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben sind intakte und moderne Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für LINKE Kommunalpolitik: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Deutlich ermäßigte Eintritte für das DINamare, Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten.
- Keine Ausgrenzung und Diskriminierung auf Grund von Aussehen und vermuteten kulturellem Hintergrund.
- Erhaltung und Ausbau des Ferienschwimmpasses für Schüler*innen sowie Student*innen.
- Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen für den Vereinsbreitensport abzuschaffen.
- Den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind.
- Die Förderung der Teilnahme aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten.
- Die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen, Frauen, inter, nicht-binäre und Trans Personen am Sport.
- Transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien für die

Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden.

- Eine besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migrant*innen und einkommensschwachen Menschen.
- Kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund.
- Die Erweiterung der „Initiative Vereinssport“ bei der die Stadt für jedes Kind, das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt und etwaige Ausweitung des Programms für weitergehende Schulen und Jugendliche.
- Die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u. a. der Kilometerpauschale).
- Die Förderung der Einrichtung und des Erhalts von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten oder (Kletter-)Parcours.
- Wiedereröffnung der sport- und freizeitbezogenen Nutzung des ehemaligen Freibadgeländes in Hiesfeld zur Naherholung.
- Die Sanierung der Eissporthallen und die Weiterentwicklung mit dem DINamare zu einem Sportzentrum.
- Eine langfristige kommunale Sportentwicklung.
- Neubau der EBGS Sporthalle für die Gesamtschule.
- Projekte zur Gewalt- und Missbrauchsprävention in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen.
- Weiterer Ausbau der Bezirkssportanlagen sowie der Sporthallenkapazität.

KULTUR FÜR ALLE – DAMIT DINSLAKEN LEBENDIG BLEIBT

Kunst und Kultur gehören zum Leben. Sie bringen Menschen zusammen, schaffen Gemeinschaft und fördern die Teilhabe aller. Kultur ist kein Luxus – sie ist notwendig für ein gutes Zusammenleben.

Die Kultur in Dinslaken muss gerecht finanziert werden und darf nicht den Kürzungen in der Stadt zum Opfer fallen. Kulturelle Einrichtungen müssen dauerhaft und verlässlich unterstützt werden. Ob in Kitas, Schulen oder der Volkshochschule – kulturelle Bildung muss allen Menschen zugänglich sein, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Beeinträchtigung. Bestehende Angebote wie die Kulturloge Ruhr oder Kinderkonzerte müssen erhalten bleiben.

Die Linke hat die Ertüchtigung der KTH politisch unterstützt und wohlwollend begleitet – unter der Voraussetzung, dass sie wie angekündigt eine „Halle für alle“ wird. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Formen von Kunst und Kultur für alle Menschen in der KTH und anderen städtischen Spielstätten stattfinden können.

Kultur darf nicht nur verwaltet werden – sie muss gemeinsam gestaltet werden. Der Austausch zwischen Verwaltung und Kulturszene muss offen, direkt und transparent erfolgen.

Die Linke Dinslaken bietet sich als Ansprechpartnerin und Unterstützung für kulturelle Gruppen und Initiativen an. Wir haben stets ein offenes Ohr für Anregungen, Wünsche und Probleme von Künstler*innen und Kulturschaffenden und stellen die Räumlichkeiten unserer Geschäftsstelle für kleine Ausstellungen oder akustische Konzerte zur Verfügung.

Dinslaken soll vielfältig, offen und lebendig bleiben – mit einer Kulturpolitik für alle.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Keine Kürzungen durch die Haushaltssicherung in der Kultur.
- Keine Zentralisierung durch die Din Event GmbH.
- Faire Bezahlung und feste Anstellungen im Kulturbereich.
- Gleichstellung und Diversität in Führungspositionen.
- Dauerhafte Förderung statt nur befristeter Projektgelder.
- Erhalt und Ausbau von Kulturorten wie Burghofbühne, Musikschule, Jugendzentren und Theatern.
- Stadtbibliothek finanziell absichern.
- Kostenfreie Nutzung der KTH für schulische Abschlussfeiern.
- Nutzung leerstehender Gebäude als Kultur- und Kreativräume.
- Unterstützung der Erinnerungskultur und ehrenamtlicher Kulturinitiativen.
- Wiedereinführung vom regelmäßigen Runder Tisch „Kultur“ mit Beteiligung aller Akteure.
- Stärkung von Jugendkultur, Off-Kultur und Kleinkunst.
- Einen Kulturbus.

KLIMASCHUTZ FÜR MENSCH, TIER UND UMWELT – WIR HABEN NUR DIESE EINE ERDE

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen sind zentrale Ziele linker Kommunalpolitik – auch in der Klimapolitik. Unser Ansatz ist ein sozialökologischer Umbau hin zu Gemeinwohlorientierung, solidarischem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit. Jede Kommune soll dafür einen lokal angepassten „Aktionsplan 2035“ entwickeln.

Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die sozial gerecht, ökologisch tragfähig und am Tierwohl orientiert ist. Der Schutz von Natur und Artenvielfalt ist angesichts des menschengemachten Klimawandels dringlicher denn je.

Unsere Energiepolitik auf kommunaler Ebene zielt auf eine sichere, bezahlbare und importunabhängige Versorgung aus erneuerbaren Quellen – in öffentlicher Hand und frei von Profitinteressen.

Trotz bundesrechtlicher Rahmenbedingungen können Kommunen durch gezielte Maßnahmen auch beim Tierschutz Fortschritte erzielen. Der respektvolle Umgang mit Tieren muss gefördert, Landschaften renaturiert und regionale Kreisläufe in der Lebensmittelproduktion gestärkt werden.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Entwicklung und zügige Umsetzung eines Klimafolgen-Anpassungsplans (Masterplan Grün) mit Maßnahmen wie der Erhaltung und Wiederherstellung von Frischluftschneisen.
- Erstellung eines Hitzeschutzplans zur Identifikation und Entlastung von Hitzeinseln, insbesondere an sensiblen Orten wie Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas.

- Förderung der Fassaden- und Dachbegrünung, einschließlich eines Gründachpotenzialkatasters.
- Erstellung eines Baumkatasters.
- Umgestaltung kommunaler Freiflächen zu Schutzräumen für Insekten und Wildtiere.
- ökologische Aufwertung von Verkehrsinseln und begleitendem Grün zur Förderung von Biodiversität.
- Einführung einer Satzung zur Entsiegelung privater Gärten.
- verpflichtende ökologische, saisonale und regionale – auch vegetarische und vegane – Verpflegung in öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten;
- ausschließliche Versorgung öffentlicher Gebäude mit Ökostrom aus städtischer Erzeugung.
- vollständige Ausstattung geeigneter Dächer öffentlicher Gebäude mit Photovoltaikanlagen.
- Begrünung öffentlicher Dachflächen.
- Verbot von Zirkusgastspielen mit Tieren sowie tierbasierten Attraktionen auf Volksfesten.
- sozial gestaffelte Hundesteuer.
- Erstellung eines tierschutzgerechten Stadttaubenkonzepts.
- Einschränkung bzw. Vermeidung von Einweggeschirr bei städtischen Veranstaltungen.

MOBILITÄT IST EIN MENSCHENRECHT UND NÜTZT DEM KLIMA

Es braucht eine umfassende Reform der Verkehrspolitik in Dinslaken, um eine nachhaltige und umweltfreundliche Mobilität für alle Bürger*innen zu gewährleisten. Wir sind überzeugt, dass dies nicht nur die Umwelt schützt, sondern auch die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen fördert.

Die Kommunen haben einen Versorgungsauftrag für den ÖPNV. Der Ankauf der privaten Anteile der NIAG durch den Kreis Wesel ist hierfür Voraussetzung oder die Gründung einer eigenen Gesellschaft für den Busverkehr im Kreis Wesel. Der Busverkehr in Dinslaken muss wieder in öffentliche Hand. Private Anbieter garantieren keinen ÖPNV zu vernünftigen Ticketpreisen, sondern orientieren sich nur an der Gewinnmaximierung.

Ein ÖPNV, der sich ausschließlich durch Fahrpreise trägt, ist nicht möglich. Mit einer entsprechenden Umschichtung von Geldern für den Straßenbau hin zum ÖPNV lässt sich eine Finanzierung jedoch realisieren. Durch die Umschichtung kann der ÖPNV perspektivisch für alle Menschen kostenlos werden.

Genauso müssen die Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen im Dinslakener Straßenverkehr berücksichtigt werden. Diese Verkehrsteilnehmer*innen werden am häufigsten vergessen. Daher muss bei der Verkehrsplanung die Sicherheit, Mobilität und Barrierefreiheit der Gruppen gewährleistet werden.

Die Linke Dinslaken findet das „Kopenhagener Modell“ vorbildhaft. Die dänische Hauptstadt ist heute die Fahrrad-Welthauptstadt. Machen wir Dinslaken zur besten Fahrrad-Weltmittelstadt.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Kostenlosen ÖPNV
  klimaneutrale Fahrzeuge bei Neuanschaffungen im ÖPNV

Finanzierung der Straßenbahnlinie 903 vom Kreis
Die Anbindung der Stadtteile Eppinghoven, Bruch und Hagenviertel müssen durch Buslinien besser werden.

- Eine Ampel Vorrangschaltung für Busse und Straßenbahnen.
- Eine Taktung der Buslinien auf 15 min statt 30 min.
- Das Abstimmen der Taktungen von Buslinien und Zugverbindungen am Bahnhof.
- Verbreiterung und barrierefreie Gestaltung von Gehwegen.
- Das Mobilitätskonzept für den Fuß- und Radverkehr von Herbst 2017 der Stadt Dinslaken endlich umzusetzen.
- eine feste Haushaltsposition für den Radverkehr wie im Jahre 2018 versprochen
  Einen täglichen Räumdienst im Herbst und Winter.
- Fördergelder für alte und neue Radwege.
- Rad- und Fußwege dürfen nicht fremdgenutzt werden.
- Rad- und Fußwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden.
- Eindeutige gekennzeichnete und von allen Verkehrsteilnehmer*innen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare sowie vernetzte Radwege.
- Eine bauliche Abgrenzung von Radwegen an größeren Straßen.
- Umbau der alten “Zechenbahntrasse“ zum Radschnellweg als Nord-Süd-Verbindung von Duisburg bis Münster.
- Mehr Stellmöglichkeit für Fahrräder und Aufladestationen für E-Bikes.
- Eine zielführende Umsetzung von Fahrradverleihsystemen mit Werkstatt z.B. am Bahnhof.
- In der Innenstadt muss der Autoverkehr reduziert werden durch ein Parkleitsystem
- Die Hünxer-Straße in Lohberg muss entlastet werden durch den Bau der Umgehungsstraße.
- Straßenbegleitendes Parken von Autos minimieren.
- Keine Projekte, die einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Stadt zur Folge haben.

- Autoverkehr auf der Sterkrader Straße in Hiesfeld verbannen.
- Autoverkehr von Bahnstr./Neutor verbannen nur Busse, Taxis und Lieferverkehr.
- Anwohnerparken günstig anbieten, bis der ÖPNV in Dinslaken funktionsfähig ist.
- Generelles Tempo 30 in Wohngebieten.

FÜR EINE KOMMUNALE PLANUNGSPOLITIK WELCHE DIE BEDÜRFNISSE DER MENSCHEN IN DEN VORDERGRUND STELLT

Eine lebenswerte Stadt für alle bedeutet: Stadtentwicklung darf nicht den Interessen von Investoren und Großkonzernen folgen, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Gerade angesichts der Klimakrise, sozialer Spaltung und wachsender Ungleichheit braucht es eine nachhaltige, gerechte und demokratische Planungspolitik. Flächenversiegelung und fehlende Bürger*innenbeteiligung bei großen Bauprojekten sorgen dafür, dass die künftige Planungspolitik an der Lebensrealität vieler Dinslakener*innen vorbeigeht.

Wir möchten eine Architektur in Dinslaken, die für alle da ist. Keine „abschreckenden" Stadtmöbel, sondern bspw. Sitzbänke, die für jeden gemütlich nutzbar sind. Spitzen an Orten, wo sie Menschen oder Tiere wie Tauben abhalten sollen, lehnen wir ab. Es braucht mehr Sitzgelegenheiten in Dinslaken, vor allem an Orten, wo regelmäßig viele Menschen unterwegs sind. In Zeiten zunehmender Hitze und einer einer alternden Bevölkerung sollte jeder regelmäßig Sitzpausen einlegen können.

Die Linke stellt sich gegen eine sogenannte defensive Architektur, die auch als Anti-Obdachlosen Architektur bekannt ist. Obdachlosigkeit kann man nur verhindern, wenn man Menschen wieder Zugang zu Wohnraum verschafft und nicht, wenn man sie aus dem öffentlichen Raum vertreibt.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Solidarische und sozialökologische Entwicklung der Kommunen, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Einwohner*innen und nicht auf die von Investoren, Konzernen und Banken.

- Schutz und Ausbau von Grün- und Freiflächen statt Versiegelung von neuen Flächen.
- Priorität für die Sanierung und Umnutzung bestehender Gebäude, insbesondere von alten Industrie- und Brachflächen.
- Bei allen größeren Bauprojekten echte Bürger*innenbeteiligung sicherstellen.
  Förderung und Erhalt von Programmen wie „Soziale Stadt“ sowie ein starkes Quartiersmanagement in benachteiligten Vierteln.
- Kurze Wege: Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit sollen wieder näher zusammenrücken – für starke Nachbarschaften und weniger Verkehr.
- Barrierefreies Bauen als Standard unter Einbeziehung des Seniorenbeirats, sowie der für Inklusion und Klimaschutz beauftragten Personen von Beginn an.
- Gemeinsam mit lokalen Akteuren Leerstände bekämpfen, kreative Zwischennutzungen ermöglichen und eine lebendige Innenstadt fördern.
- Regelmäßige Bürger*innenforen und Runde Tische in allen Stadtteilen zur aktiven Mitgestaltung durch die Anwohner*innen.
- (Rückbau defensiver Architektur)
- mehr Sitzbänke an öffentlichen Plätze

GESUNDHEIT IST KEINE WARE

Überfüllte Arztpraxen und lange Wartezeiten auf Facharzttermine, teure Medikamente, Zahnbehandlungen und medizinische Hilfsmittel. Ein profitorientiertes Gesundheitssystem kann keine bestmögliche Gesundheitsversorgung für jeden leisten, schließt diese sogar aus.

Das Erlangen des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist ein Grundrecht für alle Menschen und muss unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur Verfügung stehen, so die Weltgesundheitsorganisation.

Pflege ist oft nur noch Akkordarbeit, auf die individuellen Interessen der Pflegebedürftigen kann kaum noch eingegangen werden. Arbeitsverdichtung und Investitionsstau fördern weder Genesung noch Lebensqualität, dies belastet die Pflegebedürftigen, Angehörigen und das Personal. Dabei steigt die Zahl der Pflegebedürftigen stetig an. Begutachtungsverfahren berücksichtigen oft nicht den individuellen Pflegebedarf. Menschen mit Pflegebedarf sollten selbstbestimmt über ambulante, teilstationäre oder Assistenzleistungen entscheiden können.

Gesundheit ist keine Ware, sie ist staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. Sie betrifft jeden: ob es darum geht, gesund zu bleiben, gesund zu werden oder würdevoll mit einer Krankheit umzugehen. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören deshalb in öffentliche Hand, denn Gewinnmaximierung und Gesundheit schließen sich aus.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Mobile Arztpraxen und vernetzte Filial- und Gemeinschaftspraxen.
- Eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik.
- Gesundheitliche Versorgung aller Menschen entsprechend ihrem Bedarf.

- Mehr Personal in Krankenhäusern und in der Altenpflege.
- Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf.
- Aufbau kommunaler Pflegedienste und Sozialstationen.
- Stationäre Pflegeeinrichtungen für Jung und Alt müssen wohnortnah, an den ÖPNV angebunden und gut erreichbar sein.
- Ausbau der am Bedarf orientierten, ambulanten und stationären Palliativversorgung.
- Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze.

INKLUSION UND BARRIEREFREIHEIT – FÜR EIN DINSLAKEN FÜR ALLE

Die Linke Dinslaken kämpft für eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt leben können – unabhängig von Behinderung, Alter oder Einschränkungen. Inklusion ist ein Menschenrecht.

In Dinslaken leben viele Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen – auch ältere, pflegebedürftige oder chronisch kranke Menschen. Sie haben das gleiche Recht auf Teilhabe, Selbstbestimmung und ein Leben in Würde wie alle anderen. Deshalb muss die Stadt handeln – in Planung, Bau, Bildung, Freizeit, Wohnen und Mobilität.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Teilhabe ermöglichen – Barrieren abbauen
  Barrierefreier Zugang zu Ämtern, Sitzungen, Unterlagen und Informationen – auch in leichter Sprache und mit Gebärdensprache.
- Barrierefreie Gebäude, Plätze, Straßen und Busse.
- Kontrastreiche Beschilderung und Brailleschrift an öffentlichen Gebäuden, Haltestellen, Kunstwerken und Aufzügen.
- Behindertenbeirat mit gewählten Vertreter*innen und Stimmrecht im Stadtrat.
- Erstellung eines Inklusionsplans – gemeinsam mit Betroffenen, Verbänden und Selbsthilfegruppen.
- Inklusive Bildung von Anfang an
  Inklusive Kitas und Schulen mit gut ausgebildetem Personal und angemessener Ausstattung.
- Ausbau der Frühförderung.
- Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten für alle Kinder.
- Barrierefreie, bezahlbare Wohnungen in allen Stadtteilen.
- Wohnprojekte für Senior*innen und Menschen mit Behinderung – auch als Mehrgenerationenhäuser.

- Nahversorgung und Pflegeangebote im Wohnumfeld sicherstellen
  Kostenloser und barrierefreier Nahverkehr in allen Stadtteilen.
  Fußwege und Querungen müssen barrierefrei ausgebaut werden.
- Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt – fair bezahlt und tarifgebunden.
- Barrierefreie Sportstätten, Museen, Parks und Veranstaltungsorte.
- Uneingeschränkter Zugang zu Ärzt*innen, Kliniken und Therapieangeboten.
- Erholungsangebote und Reisen für alle ermöglichen.
- Die Linke Dinslaken setzt sich dafür ein, dass niemand ausgeschlossen wird. Eine gerechte Stadt erkennt Vielfalt an, beseitigt Hindernisse und stärkt Mitbestimmung. Barrierefreiheit ist keine Sondermaßnahme – sie ist die Grundbedingung für eine soziale Stadt.

GUTE RENTE – GUTES LEBEN

Unser Ziel: Würdevolles Altern in einer barrierefreien und lebenswerten Stadt.

Unser Anliegen: Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen, egal wie alt, gut leben können. Dabei setzen wir uns für Gerechtigkeit ein, besonders gegen Altersarmut, und möchten, dass ältere Menschen aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt teilnehmen können.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Das Stadtumfeld so gestalten, dass es für alle Menschen, besonders für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen, barrierefrei ist. Dazu gehören gut ausgebaute Fuß- und Radwege.
- Bezahlbare und barrierefreie Wohnungen schaffen, damit ältere Menschen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.
- Öffentlichen Nahverkehr ausbauen und kostenlos anbieten, um die Mobilität aller zu sichern.
- Wohnprojekte für Senior*innen fördern, z. B. Wohngemeinschaften, damit ältere Menschen gemeinsam leben können.
- Mehrgenerationenhäuser unterstützen, um den Austausch zwischen den Generationen zu fördern.
- Die Trennung der Generationen abbauen und den Zusammenhalt stärken.
- Den Seniorenrat weiter fördern, damit die Anliegen älterer Menschen in der Stadt gehört werden.

BILDUNG FÜR ALLE – UNABHÄNGIG VOM GELDBEUTEL

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Dass Armut der Schüler*innen ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. In einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Die Stadt Dinslaken hat in diesem Zusammenhang eine Sanierungsgesellschaft mit Namen ProZent gegründet. Die ProZent ist eine Projektgesellschaft für die zentrale Gebäudesanierung. Bisher sind über 100 Millionen Euro in die Schulsanierung geflossen. In den nächsten Jahren werden noch weitere Millionen Euro benötigt, damit alle Schulen auf den neuesten baulichen und digitalen Stand gebracht werden.

Die Linke Dinslaken hat diesen Prozess intensiv begleitet und mitgestaltet. So haben wir erreicht, dass alle Grundschulen erhalten bleiben und die benötigte Gesamtschule auf dem Gelände des GHZ in Hiesfeld gegründet wurde.

Es ist wichtig, dass die Schullandschaft in Dinslaken erhalten bleibt und das aktive Zusammenleben zwischen Politik, Verwaltung, Schulleitungen, Schüler*innen und Eltern eine Lernatmosphäre schafft, die unseren Kindern weiterhin die bestmögliche Bildungschance gibt, unabhängig vom Sozialstatus der Eltern.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Ein hundertprozentiges Ganztagsplatzangebot für Grundschulen.
- Die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip.

- Erweiterung der Schulsozialarbeit.
- Fördergeld von Bund und Land für die restliche Sanierung der Schulen beantragen.
- Umgestaltung bestehender Schulgelände orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik.
- Der weitere Ausbau und Renovierung der Schulen, unter anderem der Moltke- und Klaraschule.
- Der Ausbau der Schulen sollte langfristig gewährleistet werden; keine Leichtbauweise.
- Fortführung und Erweiterung der Schulsozialarbeit, aber nicht auf Kosten von Lehrer*innenstellen.
- Das Bildungsinnovationszentrum Marien-Lohberg muss erhalten und weiter ausgebaut werden.
- Wiedereinführung von Lernen an einem anderen Ort .
- Unterstützung der Kooperation in der Oberstufe zwischen allen Schulen, die eine Oberstufe in Dinslaken anbieten.

DIGITALE TEILHABE IST EIN GRUNDRECHT

Digitalisierung durchdringt heute alle Lebensbereiche. Für Die Linke Dinslaken ist klar: Digitale Teilhabe ist ein Grundrecht. Der digitale Wandel muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – nicht an Profitinteressen von Konzernen oder staatlicher Überwachung. Es braucht flächendeckend schnelles Internet, Mobilfunk und Glasfaser bis in jedes Gebäude. Die nötige Infrastruktur muss in öffentlicher Hand liegen – genau wie die eingesetzte Hard- und Software.

Jeder sollte Zugriff auf Verwaltungsleistungen haben. Deshalb müssen Verwaltungsleistungen barrierefrei digital nutzbar sein, aber auch analog zugänglich bleiben. Niemand darf ausgeschlossen werden. Außerdem braucht es eine Liveübertragung und Aufzeichnung von Rats- und Ausschusssitzungen. So wird Politik für alle Menschen sichtbar und ermöglicht es ihnen an den demokratischen Entscheidungsprozessen in Dinslaken teilzuhaben.

Genauso wichtig ist die Digitalisierung in den Schulen. Es braucht eigene IT-Fachkräfte, die sich um die Wartung und Verwaltung der Geräte wie Tablets und Beamer kümmern und mit ihrer Arbeit Lehrkräfte entlasten. Zudem müssen die Schüler*innen in Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz und Rechte im digitalen Raum gebildet werden.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen.
- Zusammenschluss von Kommunen zur Entwicklung digitaler Infrastruktur.
- Behördengänge müssen analog und digital möglich sein.
- Glasfaseranschluss für alle Gebäude, Ausbau von Breitband und Mobilfunk.

- Netzinfrastruktur und digitale Plattformen in öffentlicher Hand.
- Keine Kameraüberwachung im öffentlichen Raum.
- Endlich barrierefreie Websites und Verwaltungsdokumente.
- Verpflichtende Schulungen zu Cybersecurity in der Verwaltung.
- Liveübertragung und Archivierung von Rats- und Ausschusssitzungen.
- Einstellung von Systemadministrator*innen und IT-Support in Schulen.
- Keine Herstellerabhängigkeit an Schulen.
- Umfassende digitale Bildung auch in den Bereichen Open Source, Datensouveränität, Medienkompetenz und Cybermobbing.

GLEICHBERECHTIGUNG UND GERECHTIGKEIT FÜR ALLE GESCHLECHTER UND SEXUELLEN IDENTITÄTEN

Eine gerechte Gesellschaft erfordert eine konsequente Gleichstellungspolitik. Diese sichert allen Menschen gleichermaßen Rechte - unabhängig von Geschlecht, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung oder Lebensweise. Sie gewährleistet Schutz vor Diskriminierung und selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen: in Beruf, Bildung, Politik, Öffentlichkeit sowie im sozialen und kulturellen Leben.

Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet, über Zeit und Lebensgestaltung frei verfügen zu können – für Erwerbsarbeit, Care-Arbeit, Bildung, politisches Engagement, Erholung, Kultur und persönliches Wohlbefinden. Dabei müssen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt anerkannt und strukturelle Diskriminierungen entschlossen bekämpft werden.

Gleichstellung heißt Sichtbarkeit, Schutz, Teilhabe und Respekt für alle Menschen – unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – unabhängig vom Geschlecht oder der geschlechtlichen Identität.
- Die gesetzlich verbindliche Einführung einer 50-Prozent-Quote in allen öffentlichen Institutionen und Gremien – auch in Führungspositionen und Aufsichtsräten.
- Ausbau und die sichere Finanzierung von Schutzräumen wie dem Frauenhaus – ergänzt durch queersensible Schutzräume für alle von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt betroffenen Personen.
- Die Wiederbesetzung der derzeit unbesetzten Stelle der Gleichstellungsbeauftragten mit einer qualifizierten

Fachkraft; die Gleichstellungsbeauftragte muss über verbindliche Rechte und ausreichende Ressourcen verfügen, um wirkungsvoll gegenüber Verwaltung und Politik agieren zu können.

- Die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses mit verbindlichen Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten.
- Gezielte Förderung von queerfeministischen, frauen- und genderspezifischen Kultur-, Bildungs- und Unterstützungsprojekten.
- Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme in Bildungseinrichtungen, Verwaltungen und sozialen Einrichtungen zu Geschlechtervielfalt, sexueller Orientierung und Diskriminierungsfreiheit.
- Anerkennung und Förderung queerer Strukturen und Vereine als Teil einer demokratischen Zivilgesellschaft.

KEIN MENSCH IST ILLEGAL

Das Rheinland und Westfalen sind seit 100 Jahren Einwanderungsregionen für arbeits- und schutzsuchende Menschen. Sie sind uns willkommen. Es ist unsere Pflicht, ein sicherer Hafen für diese Menschen zu sein. Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bunter. Integrationsarbeit ist daher Pflichtaufgabe in den Kommunen.

Asylsuchende, Geduldete und Illegalisierte sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie leben in den Kommunen oft unter völlig unwürdigen Verhältnissen in Sammelunterkünften. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit Gemeinschaftsbädern und -küchen. Sie sind vielfach vom Arbeitsmarkt und von Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Gesellschaftliche Teilhabe wird ihnen so verwehrt.

Die Linke ist die einzige Partei, die das Recht auf Asyl noch konsequent verteidigt. Wir bleiben dem Grundgesetz treu: Kein Mensch ist illegal!

Die Linke Dinslaken fordert:

- Dass Geflüchtete dezentral und menschenwürdig untergebracht werden.
- Die Stadt Dinslaken auf, alle rechtlichen Spielräume zu nutzen, um Abschiebungen zu verhindern.
- Öffentlich geförderte interkulturelle Projekte, insbesondere in der Jugendarbeit.
- Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen.
- Die Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund.
- Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur

Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen.

- Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die Sozialregelsysteme und zur Arbeitsmarktintegration mit mehrsprachlichen Berater*innen.
- Weiterhin keine Bezahlkarte in Dinslaken.
- Mehr Personal für die Ausländerbehörde.

KEIN FUSSBREIT DEN RASSIST*INNEN

Die Linke Dinslaken setzt sich aktiv dafür ein, rechten Parteien den Nährboden zu entziehen und den gesellschaftlichen Rechtsruck zu stoppen. Dazu fordern wir die Einrichtung einer kommunalen Meldestelle für rassistische und antisemitische Übergriffe in Dinslaken und aktive Hinweise auf Meldestellen des Landes, Bundes und der Zivilgesellschaft. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen wie „Omas gegen Rechts“, die sich mit großem Einsatz für eine offene Gesellschaft starkmachen.

Erinnerungspolitik ist für uns Teil des Kampfes gegen Rechts. Die Verbrechen des Nationalsozialismus dürfen niemals in Vergessenheit geraten. Deshalb wollen wir Gedenkorte stärken und kulturelle Projekte zur Erinnerung fördern. Ebenso gehört die Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen zur Verantwortung unserer Stadt. Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Geschichte ist notwendig, um Rassismus in der Gegenwart zu erkennen und zu bekämpfen.

Dinslaken ist bunt, nicht braun – dafür machen wir Politik.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Die Erhaltung und Pflege von den sogenannten „Stolpersteinen“, in Gehwegen und Plätzen für die Opfer des Faschismus.
- Ausstellungen zur Erinnerungskultur im Museum, Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden.
- Die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen, Volkshochschulen, Jugendorganisationen und Kinder- und Jugendparlamenten; dazu sind mögliche Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten und interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen.

- Eine stabile Brandmauer in den Kommunalparlamenten gegen Rechts.
- Die Förderung der antirassistischen Arbeit in Schulen.

KOMMUNAL FÜR FRIEDEN – GEGEN AUFRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG

Frieden beginnt vor Ort. Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte und Kommunen, sondern bereits die ungeheure Aufrüstung. Aufrüstung und eine Politik, die Kriege und Kampfeinsätze im Ausland unterstützt, erfordert Militarisierung im Innern. Die Bundeswehr wirbt deshalb aktiv in der Öffentlichkeit. Bei der Nachwuchswerbung macht sie auch keinen Halt vor Bildungseinrichtungen und Schulen. Für Werbezwecke hat das Verteidigungsministerium Zugriff auf die kommunalen Meldedaten aller Jugendlichen.

Die Linke Dinslaken fordert:

- Umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr.
- Keinen Zugang der Bundeswehr zu öffentlichen Einrichtungen, Schulen- und Ausbildungsmessen zu Werbe- und Marketingzwecken; Schluss mit dem Werben fürs Sterben!
- Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen.

DU HAST DIE WAHL OB WIR IN EINER OFFENEN GESELLSCHAFT LEBEN ODER NICHT!

GEMEINSAM FÜR EINE BESSERE GESELLSCHAFT

Immer mehr Menschen lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab und wollen eine Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und der Solidarität. Gemeinsam mit ihnen will Die Linke für eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus.

Die Alternative ist nicht „Freiheit oder Sozialismus“, sondern Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbauen.

V.i.S.d.P. Die Linke Kreisverband Wesel
Sascha H. Wagner, Ingeborg Lay-Ruder
Friedrich-Ebertstr. 46
46535 Dinslaken

Die Linke
Stadtverband
Dinslaken